Niederschrift

über die Sitzung des Samtgemeinderates
am Mittwoch, den 05.07.2023, um 19:00 Uhr
in der Gaststätte Klaus, Hauptstraße 2, 49577 Kettenkamp
(SGR/070/2023)

Anwesend:

Vorsitzende/r
Droste, Agnes

Mitglieder

Bojani, Tanja bis TOP 4.1
Bokel, Mathias
Ewerding, Franz-Josef
Frerker, Markus
Große Hamberg, Jan
Hölscher-Uchtmann, Elke
Hüdepohl, Ingrid
Hüdepohl, Sebastian
Hurrelbrink, René
Johanning, Michael
Kleine Starmann, Eva-Maria
Klune, Stefan
Klütsch, Christian
Koop, Johannes
Kormann, Edith
Liening-Ewert, Rainer
Maxhuni, Adrian
Menke, Klaus bis TOP 10.
Menslage, Heike
Meyer zu Drehle, Axel
Möller, Heinrich
Prüne, Florian
Raming, Dirk
Revermann, Markus
Scholüke, Christian
Steinkamp, Gerd
Thesing, Ingrid
Uphaus, Stefan
Vogelsang, Christiane
Weigand, Sandra
Wernke, Michael
Wilke, Reinhard

von der Verwaltung

Droppelmann, Jens
Geers, Lena
Möhring, Carlos

Protokollführerin
Schnattinger, Marion

Entschuldigt fehlen: Mitglieder

Heuer, Philipp
Krasniq, Besian
Lager, Werner
Mailitafi, Suraj
Pröhl, Marga, Dr.
Sperveslage, Christoph

von der Verwaltung
Güttler, Andreas
Korfage, Maike

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Droste eröffnet um 19 Uhr die Samtgemeinderatssitzung und begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse, Herrn Schmitz und die Zuhörerinnen und Zuhörer recht herzlich.

Anschließend stellt Sie die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Samtgemeinderatsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Samtgemeinderates fest.

Anschließend gibt Ratsvorsitzende Droste bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag zur Meldung der Sanierung der Turnhalle der August-Benninghaus-Schule für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ vorliegt.

Die Dringlichkeit liegt vor, weil der erneute Projektauftrag 2023 erst am 19.06.2023 veröffentlicht wurde. Nach Prüfung aller Unterlagen wurde festgestellt, dass für die Antragsstellung ein Ratsbeschluss notwendig ist. Da die nächste Ratssitzung erst am 12.10.23 stattfindet, würde die Frist verstreichen. Um keine Sonderratssitzung oder einen Beschluss im Umlaufverfahren herbeiführen zu müssen wird der SGR gebeten, eine besondere Dringlichkeit anzuerkennen und über den Sachverhalt abzustimmen.

Der Samtgemeinderat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

Droste stellt anschließend zur Abstimmung, dass die Meldung der Sanierung der Turnhalle der August-Benninghaus-Schule für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zum neuen TOP 8 ernannt wird und der alte TOP 8 zum TOP 9 sowie der alte TOP 9 zum neuen TOP 10 ernannt werden.

Diesem stimmt der Samtgemeinderat einstimmig zu.

Anschließend stellt Droste fest, dass zu der neuen Aufstellung der Tagesordnung keine Einwände erhoben werden.

2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Samtgemeinderatssitzung vom 16.05.2023

Vorlage: 3492/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Da sich keine Wortmeldungen über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Samtgemeinderatssitzung vom 16.05.2023 ergeben, fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Samtgemeinderatssitzung vom 16.05.2023 wird genehmigt.“

3. Bericht des Samtgemeindebürgermeisters

Dorftreffs

Die Finanzierungen der Dorftreffs sind zurzeit noch nicht sichergestellt. Es müssen andere Möglichkeiten gesucht werden, die Gemeinwesenarbeit finanziell zu unterstützen. Eine Finanzquelle könnte eine Bezuschussung aus den Erlösen der erneuerbaren Energien sein.

Breitband

Die Last der Gesamtfinanzierung soll über die Kreisumlage erfolgen. Für die Samtgemeinde Bersenbrück bedeutet das ein Zahlen auf Raten.

Ganztagsbetreuung

Kinder, die im Schuljahr 2026 eingeschult werden, haben einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung. Für die Ganztagsbetreuung müssen Mensaumbauten erfolgen, die Ausstattungen der Schulen muss überdacht werden sowie Personal

aufgestockt werden. Es wird damit gerechnet, dass bis September ein Konzept, ein Förderprogramm und eine Klärung der Qualifikation der Betreuungskräfte vom Land Niedersachsen vorliegen wird.

4. Berichte der Ausschüsse

4.1. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt vom 14.06.2023 Vorlage: 3479/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ausschussvorsitzender Meyer zu Drehle berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt vom 14.06.2023.

Der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4.1.1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Osnabrück Vorlage: 3463/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

SGBGM Wernke berichtet, dass die einzelnen Gemeinden als auch die Samtgemeinde Bersenbrück jeweils eine Stellungnahme abgeben. In der Stellungnahme wird als erstes Bezug auf das Verfahren genommen. Die Mitgliedsgemeinden sind vom LK OS bei den öffentlich Beteiligten nicht berücksichtigt worden, obwohl die Planungshoheit über das Gemeindegebiet lt. Grundgesetz Art. 28 Abs. 2 den Gemeinden rechtlich zusteht.

Die Gemeinden können sich nicht eigenständig entwickeln, weil massive Einschränkungen für die Gemeinden vom LK OS eingebaut wurden. Es muss außerdem dem LK OS vermittelt werden, dass es nicht um eine Planverfeinerung oder -veränderung des RROP geht, sondern um die Zukunft der Gemeinden. Der ländliche Raum muss sich weiterentwickeln können. Wo können Siedlungsgebiete entstehen, wo kann die Infrastruktur weiter aufgebaut werden. Darunter fallen z.B. die Feuerwehren oder die Sportstätten, die oftmals an den Gemeindegrenzen entstehen. Diese Gemeindegrenzen sind aber in vieler Hinsicht schon eingegrenzt durch landwirtschaftliches Vorranggebiet oder auch touristische Vorranggebiete, sodass keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr bestehen. Insbesondere bei den Gemeinden, die keine Grundzentren sind.

Die genannten Punkte müssen in dem RROP nachgebessert werden. Für alle Gemeinden müssen Perspektivgebiete vorgehalten werden. Baugebiete als auch Gewerbegebiete, damit sich diese in den nächsten 25 Jahren weiterentwickeln können. Beim Kreisrat Dr. Wilkens vom LK OS wurde inzwischen ein Termin angefragt, damit alle Gemeinden die Möglichkeit erhalten, mit ihm die jeweiligen Perspektivflächen besprechen zu können.

Am 12.07.23 müssen die einzelnen Stellungnahmen dem LK OS für das RROP vorliegen.

Ratsmitglied Steinkamp appelliert an alle Ratsmitglieder, auch einzelne Stellungnahmen abzugeben. Er zitiert aus dem LROP, dass „die dezentrale Verantwortung, kooperative Selbststeuerung und Handlungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte, Samtgemeinden und Gemeinden, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen ein geeignetes Umfeld zu bieten, die Auswirkungen des demographischen Wandels für die Dörfer abzuschwächen und als Orte mit großer Lebensqualität zu erhalten, sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur zu sichern und weiterzuentwickeln ist“.

Steinkamp ist es unerklärlich, wie man im RROP genau das Gegenteil darstellen kann. Kleinen Orten wird kaum die Möglichkeit gegeben sich zu entwickeln, kleinen Unternehmen nur die Möglichkeit geben, sich in Grundzentren niederlassen zu dürfen. Wenn kleinere Unternehmen sich nicht mehr in den Orten niederlassen dürfen, wird z.B. der Pendelverkehr nicht verhindert, es wird jedem Bürger die Freiheit genommen, im welchem Baugebiet dieser sich niederlassen möchte. Lt. dem RROP darf es in den kleinen Gemeinden keine Baugebiete mehr geben. Daher appelliert er an alle Ratsmitglieder und auch Bürger, eine einzelne Stellungnahme beim LK OS abzugeben.

Ratsherr Scholüke beklagt sich ebenfalls über das RROP und fordert eine Beteiligung zur Ausarbeitung des RROP.

Weiterhin geben mehrere Ratsmitglieder ihr Statement zum Vorgang des RROP vom LK OS ab und verurteilen das Vorgehen des LK OS:

Es wird darum gebeten, dass die Stellungnahme von der SG BSB schnellst möglich fertig gestellt wird und ebenfalls von den Mitgliedsgemeinden ausgearbeitete Passagen eingearbeitet werden. Sobald die Stellungnahme von der SG BSB erstellt wurde, soll diese vorab an die MG zurückgegeben werden, damit ggfls. noch weitere Änderungen vor Versendung an den LK OS vorgenommen werden können. Es wäre erfreulich, wenn die schon erstellten Stellungnahmen der MG an die anderen MG versendet werden, um ggfls. bedachte Punkte, die von anderen Gemeinden noch nicht berücksichtigt wurden, nachträglich einbauen zu können. Des Weiteren werden die Kreistagsmitglieder aufgefordert, sich ebenfalls im Kreistag in dieser Angelegenheit für die kleinen Gemeinden einzusetzen.

Nach der Aussprache fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück mit 31 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs die Stellungnahme zum Entwurf des RROP des Landkreises Osnabrück bis zum 12.07.2023 abzugeben.

4.1.2. Kriterien zur planerischen Steuerung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Samtgemeinde Bersenbrück
Vorlage: 3465/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und berichtet kurz zum Sachverhalt.

Anschließend fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kriterien in der in der Sitzung beratenden Form zu ergänzen bzw. zu ändern und bei zukünftigen Anträgen auf Änderung des Flächennutzungsplanes zu berücksichtigen.

4.1.3. Weiterentwicklung der Flächennutzungsplanung im Niedersachsenpark
Vorlage: 3464/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ratsherr Scholüke sieht die Gesellschafter und den Nds.Park auf einem guten Weg für die Weiterentwicklung des Niedersachsenparks.

Ratsherr Revermann teilt mit, dass sich die Gemeinde Rieste bereits einstimmig für die Erweiterung des Nds. Parks ausgesprochen hat. Ebenfalls appelliert er an den Samtgemeinderat, sich für eine Weiterentwicklung auszusprechen. Er führt weiterhin aus, dass für die Erweiterung des Niedersachsenparks und den neuen Autobahnanschluss zwar landwirtschaftliche Flächen betroffen sind, allerdings diese Flächen sehr sandig und nicht so ertragsintensiv sind. Daher können diese Flächen für eine Weiterentwicklung freigegeben werden und anderweitige Flächen, die nährstoffreicheren Boden aufweisen, für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Ratsfrau Weigand sieht eine Weiterentwicklung sehr kritisch entgegen und bezieht sich auf die Diskussion in der Bauausschusssitzung vom 14.06.23. Hier wurde in Frage gestellt, welche Konzepte zur positiven Entwicklung hinter der Erweiterung stehen, wie viele vor allem qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden können. Außerdem sind doch noch Flächen im Flächennutzungsplan vorgesehen.

Ratsherr Hüdepohl betont, dass die zuständigen Gemeinden vom Nds. Park immer konstruktiv zusammengearbeitet haben und alle zusammen in die gleiche Richtung schauen. In den Anfangszeiten ging es nicht darum, ein Leuchtturmprojekt zu entwickeln, große Firmen anzusiedeln, sondern darum, dass Arbeitsplätze für die Region geschaffen wurden. Der Park bietet inzwischen Tausenden von Bürger*Innen einen Arbeitsplatz und die Region identifiziert sich mit dem Nds. Park. Er bedankt sich bei dem ganzen Team des Nds. Parks, die gute Arbeit geleistet haben. Es

werden sicherlich weitere Gespräche zur Entwicklung des Nds. Parks geführt. Dennoch müssen weitere Schritte für die Zukunft getroffen werden und er hofft auf ein einstimmiges Votum von den Samtgemeinderatsmitgliedern.

SGBGM Wernke geht anschließend auf die Fragen von Ratsfrau Weigand ein. Er führt aus, dass die noch zur Verfügung stehenden Flächen im Nds. Park sehr begrenzt sind. Ein Teil der Flächen sind für die Bebauung und Ansiedlung von Gewerbe nicht zu verwenden, ein weiterer Teil sind Überschwemmungsflächen, auf denen keine Bebauung stattfinden darf. Es stehen z.Zt. Überlegungen an, die Flächen, die nicht bebaut werden dürfen, für Freiflächenphotovoltaik zu verwenden. Somit könnte eine weitere Energiequelle im Nds.Park entstehen. Nachhaltigkeit wird im Nds. Park inzwischen großgeschrieben und steht ganz oben auf deren Agenda. In den Anfangsjahren der Nds. Park GmbH musste jede Fläche veräußert werden, heute ist der Nds. Park in der Lage, sich die Unternehmen aussuchen zu können. Es wird darauf geachtet, dass Firmen z.B. nachhaltig produzieren und auch nachhaltig bauen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen anstehen, fasst der Samtgemeinderat mit 29 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Samtgemeinde Bersenbrück ist Mitgesellschafterin der Niedersachsenpark GmbH. Einer Erweiterung des Niedersachsenparks auf die Ostseite der A1 wird grundsätzlich ausdrücklich zugestimmt. Im Falle einer positiven Beschlussfassung aller Mitgesellschafter werden die Samtgemeinde Bersenbrück und die Gemeinde Neuenkirchen-Vörden gebeten, die in der Vorlage dargestellten vorbereitenden Arbeiten zur Änderung der bestehenden Flächennutzungspläne aufzunehmen. Die interne Vereinbarung zur Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben des Niedersachsenparks zwischen den Kommunen ist in diesem Fall an den geänderten Umring der dann gültigen Flächennutzungspläne anzupassen.

4.1.4. Energetische Sanierung der Gebäude der Grundschule Rieste Vorlage: 3466/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Droste berichtet kurz zum Sachverhalt.

Ratsherr Scholüke unterstreicht natürlich das Vorhaben zur energetischen Sanierung der Gebäude der Grundschule Rieste als auch der Turnhalle. Jedoch möchte er auch erwähnen, dass die Gemeinde den Neubau einer Ballsporthalle nicht aus den Augen verliert und weiterhin nach Möglichkeiten einer Umsetzung gesucht wird.

Droste verweist in diesem Zusammenhang auf die Prioritätenliste der SG BSB.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Sanierungsaufwand und die hierfür erforderlichen Kosten durch ein beauftragtes Büro hinsichtlich des baulichen und energetischen Aufwandes ermitteln zu lassen, damit entsprechende Förderanträge gestellt werden können.

4.2. Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Soziales vom 15.06.2023
Vorlage: 3491/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft anhand der Vorlage den TOP auf.

Ausschussvorsitzende Kormann berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Soziales vom 15.06.2023.

Die Ausführungen werden von den Mitgliedern des Samtgemeinderates zur Kenntnis genommen.

4.2.1. Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr (Antrag der Gruppe CDU-Fraktion/ FDP)
Vorlage: 3457/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

SGBGM Wernke berichtet, dass heute ein Schreiben bzgl. der Resolution zur Ausbildung der Feuerwehren vom Kreisrat Hr. Wilkens eingegangen ist. Das Schreiben soll an die MI Frau Behrens versendet werden. In dem Schreiben wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auf kommunaler Ebene dringend belastbare Festlegungen zu den Inhalten des vom Land geplanten modularen Systems und zur Frage, wer in diesem System künftig welche Aufgaben mit welchen Ressourcen wahrzunehmen hat, benötigt.

Nachdem weitere Ratsmitglieder ihre Statements zum Thema abgegeben haben und sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Aufgrund der sich jetzt ergebenden Situation soll der Antrag der CDU nicht weiterverfolgt werden. SGBM Wernke wird ermächtigt, das Resolutionsschreiben von Herrn Kreisrat Wilkens vom LK OS an Ministerin Behrens zu unterschreiben.

4.2.2. Übergabe der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Waffengesetzes an den Landkreis Osnabrück
Vorlage: 3462/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

SGBGM Wernke berichtet kurz, dass die großen selbständigen Gemeinden ihre Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Waffengesetzes an den Landkreis Osnabrück übertragen. Dadurch wird die SG BSB in einigen Bereichen entlastet.

Ratsfrau Kormann weist darauf hin, dass ihre Fraktion das Vorgehen begrüßt, da eine Vielzahl an Reichsbürgern in Waffenbesitz sind und dadurch Gefahren gemindert werden sollen.

Anschließend fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Samtgemeindebürgermeister wird ermächtigt bei Bedarf mit dem Landkreis Osnabrück eine Zweckvereinbarung über die vorzeitige Übergabe der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Waffengesetzes (WaffG) gem. der Verordnung zur Änderung der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Waffenrechts vom 04.03.2023 zu schließen.

4.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 20.06.2023
Vorlage: 3473/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ausschussvorsitzender Johanning berichtet über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 20.06.23.

Die Ausführungen werden von den Samtgemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis genommen.

4.3.1. Gewährung von Zuschüssen an Großtagespflegestellen
Vorlage: 3482/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Droste berichtet kurz zum Sachverhalt.

SGBGM Wernke berichtet, dass z. Zt. ein großer Zulauf an Krippenkinder in den Kitas zu verzeichnen ist. Die Aufwendungen für einen Krippenplatz belaufen sich für Kommunen auf ca. 45 – 50 T €. Daher wird angedacht, Großtagespflege für Krippenkinder wieder in den Fokus zu nehmen und der Großtagespflege Unterstützung in diesem Bereich zukommen zu lassen. Die Variante ist kostengünstiger, als

neue Krippenräume zu bauen und einzurichten. Inzwischen werden ca. 190 Erzieher*innen in den kommunalen Kindertagesstätten beschäftigt. Die Idee soll in den nächsten Ausschusssitzungen vorgestellt und diskutiert werden.

Droste merkt kurz an, dass die Einrichtung einer Großtagespflege ebenfalls mehr Flexibilität als eine Kindertagesstätte vorhalten kann, was gleichfalls eine positive Auswirkung für die Eltern mit sich bringt.

Die Ausführungen nehmen die Samtgemeinderatsmitglieder zur Kenntnis.

**5. Rückforderung Zuschüsse Niedersachsenpark GmbH
Vorlage: 3436/2023**

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

SGBGM Wernke teilt mit, dass die Nds. Park GmbH in den Jahren 2021 und 2022 zwei im Ergebnis erfolgreiche Jahre verzeichnen konnte und sich eine Überzahlung an geleisteten Zuwendungen von den Kommunen in diesen Jahren ergeben hat. Eine Rückforderung der Zuwendungen von den vier Kommunen wird gerade in die Wege geleitet. Durch die positiven Erträge der Nds. Park GmbH sollen die Zuwendungen für 2023 an die Nds. Park GmbH ausgesetzt werden.

Ratsherr Klütsch regt an, die zurückgeforderten Gelder von der Nds. Park GmbH den Mitgliedsgemeinden anteilig zu vergüten.

Die Ausführungen werden von den Samtgemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**6. Wahl von Beisitzern in den Schöffenwahlausschuss
Vorlage: 3496/2023**

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ratsherr Maxhuni erkundigt sich, ob durch die Abwesenheit von Frau Dr. Pröhl eine schriftliche Annahme von ihr erfolgen muss.

SGBGM Wernke teilt mit, dass sie im Vorfeld ihre Zusage als Beisitzerin im Schöffenwahlausschuss zugesagt hat.

Anschließend fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück mit 31 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss.

Als Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss bezüglich der Schöffenwahl für die Geschäftsjahre 2024 – 2028 werden

- a) Dr. Marga Pröhl, Alter Zuschlag 1, 49596 Gehrde OT Rüsfort
- b) Reinhard Wilke, Rosenstraße 6, 49577 Kettenkamp

seitens der Samtgemeinde Bersenbrück vorgeschlagen.

7. Stellenausschreibung der Stelle einer Ersten Samtgemeinderätin / eines Ersten Samtgemeinderates

Vorlage: 3507/2023

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und berichtet kurz zum Sachverhalt.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stelle der Ersten Samtgemeinderätin*des Ersten Samtgemeinderates ist zum 01.05.2024 zu besetzen und wird mit anliegender Stellenausschreibung öffentlich ausgeschrieben.

8. Meldung der Sanierung der Turnhalle der August-Benninghaus-Schule für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“

Ratsvorsitzende Droste ruft den neuen TOP 8 auf und weist auf die Dringlichkeit hin.

Anschließend fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine erneute Bewerbung für das neu auferlegte Interessenbekundungsverfahren abzugeben. Die erforderlichen Verfahrensschritte sind zeitnah einzuleiten.

Die Samtgemeinde Bersenbrück stellt die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von voraussichtlich 55 % der Gesamtkosten in den Haushaltsjahren 2024 bis 2026 zur Verfügung

9. Anträge und Anfragen

Ratsfrau Droste fordert die Ratsmitglieder auf, ihre Anträge und Anfragen zu stellen.

SGBGM Wernke nimmt wie folgt Bezug auf die schriftliche Anfrage der AfD vom 23.06.2023:

1.)

Frage: Wie viele Anzeigen sind beim Ordnungsamt der SG BSB eingegangen, die eine Lokalität mit illegalen Geldspielgeräten zum Gegenstand hatten (Bitte Auflisten für die Jahre 202, 2021, 2022,2023)?

Antwort: In den genannten Jahren sind keine Anzeigen eingegangen

2.)

Frage: Wie viele der in Frage 1 aufgeführten Lokalitäten wurden durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes der SG BSB kontrolliert?

Antwort: Es sind keine Lokalitäten durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes der SG BSB kontrolliert worden da keine Anzeigen bei der SG BSB eingegangen sind.

3.)

Frage: Wie viele der in Frage 2 kontrollierten Lokalitäten wurden wegen dem Aufstellen illegaler Geldspielgeräte geschlossen oder sonstige Verfahren durch das Ordnungsamt eingeleitet?

Antwort: Auch hier ergibt sich, dass keine Lokalitäten wegen dem Aufstellen illegaler Geldspielgeräte geschlossen wurden oder sonstige Verfahren durch das Ordnungsamt eingeleitet worden sind.

4.)

Frage: führt das Ordnungsamt der SG BSB verdachtsunabhängige Kontrollen, etwa an Geldspielgeräten in Imbissen oder sonstigen Lokalitäten durch?

Antwort: Das Ordnungsamt der SG BSB führt verdachtsunabhängige Kontrollen in Bezug auf die Zuverlässigkeit des Betreibers, die Geeignetheit des Aufstellungsortes und die Anwendung des Spielersperrsystems OASIS durch.

10. Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP auf und bittet die Bürger*innen ihre Fragen zu stellen.

Ein Bürger aus Rieste fragt nach, ob es Sinn macht eine Turnhalle zu sanieren, die heute von der Größe noch ausreicht, aber perspektivisch gesehen nicht mehr ausreichend ist, obwohl diese aufgrund der steigenden Einwohnerzahl zu klein wird. Vlt. sollte geprüft werden, ob die Riester Turnhalle auf der Priorisierungsliste der SG BSB doch ein kleines Stück nach oben rücken kann.

SGBGM Wernke sieht eine Änderung der Prioritätenliste als unwahrscheinlich an, da die Prioritätenliste mit den Mitgliedsgemeinden abgestimmt wurde. Die SG BSB ist nur für den Schulsport zuständig und muss sich auf diesen beschränken. Es ist verständlich, dass der Riester Sportverein eine größere Sporthalle favorisiert. Für eine dreizügige Grundschule ist die Sporthalle ausreichend und es ist nicht absehbar, dass die Grundschule aufgrund der ansteigenden Schülerzahlen vierzünftig werden wird. Die Turnhalle wird noch einmal auf den Prüfstand gestellt. Falls es zu einem Sporthallenbau kommen sollte, werden sich die Kosten auf ca. 6 – 8 Mio. € belaufen und nicht auf 200 – 300 T €. Falls ein Investor eine Sporthalle bauen sollte, würde eine Miete auf die SG BSB zukommen und diese wird nur die Miete für den Schulsport tragen. Den Rest der Miete müsste die Gemeinde oder/und der Sportverein aufbringen. Wenn schlüssige Konzepte vorliegen, können sicherlich

Gespräche geführt werden. Ein Gutachter ist für die Turnhalle in Rieste bestellt. Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird in Gesprächen das Für und Wider der Sanierung abgewogen.

SGBGM Wernke weist darauf hin, dass Clemens Seelmeyer die Tüftlerwerkstatt in Ankum ins Leben gerufen hat. Wernke lobt und bedankt sich auch im Namen des Samtgemeinderates für sein Engagement und seine Unterstützung. In der Werkstatt werden mehrere Generationen zusammenkommen, die sich auf eine andere Art und Weise treffen, dabei ins Gespräch kommen und Reparaturen defekter Alltags- und Gebrauchsgegenstände anbietet. Ebenfalls wird Kaffee und Kuchen angeboten, um die mögliche Wartezeit zu überbrücken. Hierfür wurde gerne die GS in Ankum zur Verfügung gestellt.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bedankt sich Ratsvorsitzende Droste bei den Zuhörern für ihr Kommen und ihre Fragen, wünscht diesen einen guten Nachhauseweg und schließt um 21.00 Uhr den öffentlichen Teil der Samtgemeinderatssitzung.

gez. Agnes Droste
Ratsvorsitzende

gez. Michael Wernke
Samtgemeindebürgermeister

gez. Marion Schnattinger
Protokollführerin